

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juni 2017

06/2017

Die Räuber sind unter uns!

Die Privatisierung der Autobahn ist möglich geworden – ein Schlag gegen die Finanzinteressen der Bürger

Die Bundesregierung hat am Donnerstag grünes Licht für die Schaffung einer zentralen Autobahngesellschaft und damit für den schrittweisen Ausverkauf der deutschen Autobahnen gegeben. Die Regelungen sind Teil eines Gesamtpakets, mit denen die Finanzbeziehungen des Bundes und der Länder neu geregelt werden. Im Gegenzug für Milliardenhilfen der Bundesregierung treten die Länder weitreichende Kompetenzen in den Bereichen Verkehr, Bildungsinvestitionen und Steuerverwaltung ab. Mit der Mehrheit von CDU und SPD verschaffte sich die Regierung die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die 13 Grundgesetzänderungen sowie diverser Nebengesetze.

Von 630 Parlamentariern votierten 455 mit Ja. 420 Stimmen waren für die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses notwendig, dazu gab es 81 Nein-Stimmen und 61 Enthaltungen.

DIE LINKE lehnte das Paket geschlossen ab

Die konservative Regierung aus CDU und SPD hat uns Autofahrern hiermit, zum Schluss der Legislaturperiode, ein richtig dickes Kuckucksei ins Nest gelegt. Der Bund will unser Eigentum, bezahlt aus Steuergeldern, der Finanzindustrie zum Fraß vorwerfen. In Zeiten von Null-Zinspolitik soll dem privaten Kapital öffent-

liche Infrastruktur geöffnet werden, um renditeträchtige Anlagen zu ermöglichen. Sigmar Gabriel hat als Bundeswirtschaftsminister eine Kommission zur »Stärkung von Investitionen in Deutschland« einberufen, die im Abschlussbericht 2015 die Schaffung einer Autobahn AG vorschlug, also die Blaupause für den jetzigen Raubzug. Weiter werden neue Möglichkeiten für ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaft), die 40% teurer sind als eine rein staatliche Finanzierung (Aussage des Bundesrechnungshofes) möglich.

Ein Beispiel für das Funktionieren von ÖPP-Projekten ist Toll Collect (Betreiber des deutschen LKW-Mautsystems). Hier wird der Steuerzahler schon seit Jahren von den Betreibern über den Tisch gezogen. Es muss noch mal verdeutlicht werden, um was es geht. 13.000 km Straßennetz im Wert von 200.000.000.000 Euro kann jetzt verhöckert werden, zu unserem Schaden und zum Nutzen einer kleinen Gruppe von Leuten, die sowieso schon mehr haben als notwendig ist.

Was ist zu tun?

75% der Bevölkerung lehnen die Autobahnprivatisierung ab, sie misstrauen den Beschwichtigungen und den Privatisierungsvorhaben aller Art. Sie haben auch nicht wirklich Grund, vertrauensselig zu

sein. Solch ein Spruch, wie »die Rente ist sicher« war ein Flop, ebenso wie die Einführung der Riester-Rente ein Flop ist und auch der sogenannte Gerechtigkeitswahlkampf der SPD nur ein Flop sein kann. DIE LINKE muss an der Seite der großen Mehrheit stehen, dem Thema im Wahlkampf mit präzisen Aussagen Raum geben und offen aussprechen, wer der Gewinner sein wird und wer der Verlierer. Eine Parteinahme für die, die hier betroffen werden sollen, ist zwingend erforderlich, diese Parteinahme ist ehrlich gerecht, sie ist links.

So eine Parteinahme ist bei YouTube zu sehen, ich empfehle Sahra Wagenknecht beim Thema Autobahnprivatisierung - sachlich korrekt, aber stark emotional anzusehen.

Egbert Nowack, Protzen



Dr. Kirsten Tackmann, MdB: »Bei der Grundgesetzänderung geht es um viel mehr als Autobahnen. Sie soll die Finanzierung des Baus von öffentlicher Infrastruktur (Straßen, Schulen etc.) endgültig öffnen für eine private Finanzierung mit staatlicher Gewinngarantie - auf unser aller Kosten. Statt durch Unternehmenssteuern zur Finanzierung beizutragen, würden z. B. Versicherungskonzerne mit diesen Bauprojekten Profit machen. Und gebaut wird dann nicht das, was gebraucht wird, sondern was die höchste Kapitalrendite verspricht. Deshalb macht DIE LINKE da nicht mit.«

10 Jahre DIE LINKE

Am 16. Juni 2007 schlossen sich PDS und WASG zur LINKEN zusammen. Grund für eine kleine Jubiläumsfeier? Sicher, denn wir haben mit dieser unserer vereinten Partei allerhand erreicht. Dazu Hans Modrow, letzter Ministerpräsident der DDR und heutiger Ehrenvorsitzender der LINKEN:

»Die Gründung der LINKEN entsprach den historischen Herausforderungen, vor der die deutsche Arbeiterbewegung im Geiste

ihrer Traditionen auch heute steht. Die Partei hat ihre Chance genutzt und einen Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft gefunden. Uns begleiten Erfolg und Krise in besonderer Weise. Künftig gilt es, in größerer Gemeinsamkeit sowie erkennbar und wirkungsvoller für Frieden und gegen Krieg, für soziale Gerechtigkeit und gegen wachsende Ausbeutung zu kämpfen. Ein demokratischer Sozialismus soll Weg und Ziel unserer Bestrebungen sein.«

Nymburk lässt grüßen

Vom 12. bis 14. Mai 2017 hatte ich die Ehre, die Neuruppiner Delegation in unsere Partnerschaft Nymburk in Tschechien zu leiten. Der dortige neue Bürgermeister Dr. Pavel Fojtik hatte anlässlich des 100. Jahrestages einer bedeutenden Schlacht tschechischer Soldaten

an der Ostfront und des Gedenkens der Opfer des ersten Weltkrieges eingeladen. Nach Beendigung des Krieges wurde 1918 die »Erste Republik« der Tschechen und Slowaken gegründet, welche bis 1938 existierte. Nach der Kranzniederlegung für die Opfer des Krieges konnten wir eine spektakuläre Nachstellung wichtiger Kampfhandlungen erleben.

Nicht nur in Erinnerung der schrecklichen Kriege der letzten Jahrhunderte, sondern auch anlässlich zunehmender nationalistischer und patriotischer Tendenzen unserer Zeit, war es uns und der tschechischen Seite ein tiefes Anliegen, unsere bereits seit Jahrzehnten bestehende Städtepartnerschaft mit neuem Leben zu erfüllen. In den letzten Jahren beschränkte sich die Partnerschaft auf den wichtigen Schüleraustausch mit der Grundschule »Wilhelm Gentz«.

Für die nahe Zukunft ist ein Austausch zwischen den Feuerwehren unserer Städ-



An der Stadtmauer von Nymburk

Foto: Gerd Klier

te, in Bereichen der Kultur, des Sports und auf weiteren Gebieten in Planung. Möglichst viele Einwohner, insbesondere Kinder und Jugendliche, sollen von den Vorteilen der Städtepartnerschaft profitieren können.

Wir danken unseren Nymburker Freunden für die überaus herzliche Gastfreundschaft, die schönen Tage in ihrer wunderbaren Stadt und die vielen aufgeschlossenen und zukunftsweisenden Gespräche und Begegnungen. Die köstliche tschechische Küche und das Nymburker Bier möchte ich nicht unerwähnt lassen.

Leseempfehlung: Wir haben Fontane, Nymburk hat den weltbekannten Schriftsteller Bohumil Hrabal. Zu seinen Klassikern gehört »Die Schur«. Diese Erzählung kann einen Einstieg in diese ganz besondere Erzählweise und den Humor des Bohumil Hrabal darstellen.

Gerd Klier

Vorsitzender der StVV Neuruppiner

Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

Schulz-SPD erhielt die Quittung

Nun ist es bereits die dritte Landtagswahl, bei der die SPD für ihre Politik abgestraft wurde. Auch wenn bei Landtagswahlen regionale Probleme im Vordergrund stehen, wirkt sich doch ebenso der Kuschelkurs der SPD mit der CDU aus. Aber auch ein anderes Problem trat bei diesen Wahlen zutage, nämlich die von der SPD im Wahlkampf verkündete Abgrenzung zur LINKEN.

Wenn der SPD-Vorsitzende immer wieder pauschal von Ungerechtigkeiten spricht, aber nicht sagt, wie er diese beseitigen will und sich gleichzeitig von uns LINKEN distanzieren, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Wähler fragt, mit wem er seine Ziele durchsetzen will - und kann? Ohne

DIE LINKE wird es der SPD nicht gelingen, die sozialen Probleme in Deutschland zu lösen - und somit wird sie auch bei der Bundestagswahl scheitern. Diese Aussage ist so wahr wie das Amen in der Kirche!

Und dann geht es noch um etwas anderes. Viele Bürger sagen, und das betrifft nicht nur die SPD, dass die Politiker nicht mehr verstehen, was sie wirklich bewegt. Und anders herum verstehen viele Bürger nicht mehr, was Politiker ihnen sagen wollen, vor allem, wenn sie so unkonkret wie der SPD-Vorsitzende bleiben.

Wenn es unseren Politikern (und hierbei sind unsere eigenen nicht ausgeschlossen) nicht gelingt, mehr auf die wahren Probleme der Bürger einzugehen und ihnen praktikable Lösungen aufzuzeigen, werden die demokratischen Parteien ihre Quittung bei den nächsten Wahlen erhalten.

Kommentar

Leitkultur - nur Wahlkampf?

Als ich das erste Mal davon hörte, dass der Bundesinnenminister 10 Punkte für eine deutsche Leitkultur vorgelegt hat, kamen bei mir unwillkürlich negative Erinnerungen hoch. Spiegelte sich doch die Hervorhebung der deutschen Kultur in der Nazi-Parole »am deutschen Wesen soll die Welt genesen« wider.

Was soll das mit der Debatte um deutsche Leitkultur? Will die Maizière der AfD Wähler abjagen oder will er sich profilieren, da er Angst haben muss, dass in einer erneuten Merkel-Regierung Bayerns Innenminister Herrmann seinen Posten erhält?

Egal, was seine Beweggründe sind, auf alle Fälle ist diese Debatte unnötig wie ein Kropf. Will man Flüchtlingen helfen, zu lernen, wie das Leben in Deutschland abläuft und welche Gepflogenheiten es gibt, braucht man kein Leitbild. Vielmehr kommt es darauf an, diesen Menschen fremder Herkunft im täglichen Leben zu zeigen, wie man sich z.B. begrüßt, wie man miteinander umgeht und welche Achtung staatliche Organe genießen. Wenn jedoch deutsche Bürger den Flüchtlingen vorleben, dass man Polizisten angreift, Probleme mit Gewalt löst, Frauen Freiwild sind usw., dann hilft auch keine Leitkultur! Ehe wir besserwisserisch den Flüchtlingen aufzeigen, wie sie sich zu verhalten haben, sollten wir uns mal Gedanken darüber machen, warum unsere Gesellschaft immer brutaler wird, und warum der Respekt vor Staatsorganen, Lehrern, Helfern usw. immer weiter gesunken ist. Dass hierbei eine verfehlte Politik die Hauptschuld trägt, möchten CDU/CSU- und SPD-Politiker bestimmt nicht hören. Solange die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft, wird sich an dieser Situation jedoch wenig ändern.

Wenn nach der Bundestagswahl im September Merkel erneut Kanzlerin und Schulz Vizekanzler werden sollten, dann werden die sozialen Spannungen in Deutschland garantiert nicht weniger. Selbst wenn Herr Schulz immer wieder von sozialer Gerechtigkeit spricht, bleibt er nach wie vor unkonkret. Ein Bürger sagte dazu neulich: »Schaumschläger - nichts als Seifenblasen!«

Übrigens: Wenn man von der deutschen Kultur spricht, sollte man auch die deutsche Sprache würdigen, die jedoch immer mehr mit englischen Wörtern durchsetzt wird.

Gegen zu viele Windräder

Für Windenergie - aber Rahmenbedingungen müssen stimmen

Am 26.04.2017 beschloss die Regionale Planungsgemeinschaft (RPG) Prignitz-OHV (wo bleibt hier eigentlich OPR?) den nunmehr 2. Entwurf des Teilplanes Freiraum und Windenergie für die Region Prignitz, OHV und OPR, nachdem zum ersten Entwurf über 2.000 Einsprüche, darunter vom Aktionsbündnis »Gegenwind«, in dem auch unsere beiden Bürgerinitiativen aus Protzen und Manker integriert sind, eingereicht wurden.

Dieser 2. Entwurf ist seit dem 1. Juni für 2 Monate öffentlich ausgelegt und es kommt nun darauf an, dass sich wieder möglichst viele Bürger auch aus unserer Region an der Diskussion zu den zum Teil neu ausgewiesenen Windeignungsgebieten (WEG) beteiligen. Um es noch einmal zu betonen, es geht nicht darum, die Windkraft als eine der erneuerbaren Energien zu verdammen und komplett zu verhindern. Es geht darum, dass die gesamten Rahmenbedingungen stimmen müssen (gesunder Mix der erneuerbaren Energien, Speichermöglichkeiten, Infrastruktur zum Transport des Stromes, Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen etc.).

2% sind längst erreicht

Das pauschale Ziel, 2% der Fläche des Landes Brandenburg mit Windkraftanlagen (WKA) zu bestücken, ist ein imaginäres, vom grünen Tisch aus gestelltes Ziel der roten Landesregierung und berücksichtigt nicht die bereits bestehenden Anlagen. Der Kreis OPR hat heute schon genug Windkraftanlagen und besonders in der Region Temnitz/Dabergotz/Neuruppin stehen überproportional viele Windräder; das Ziel von 2% ist hier weit überschritten. Vergleiche dazu die Region OHV mit einem nur sehr geringen Anteil an WKA!

Vielen Bürgern scheint auch noch nicht bewusst zu sein, dass wir in OPR und auch im Land Brandenburg aufgrund der hohen Anzahl an Windrädern im Vergleich zu anderen Bundesländern die höchsten Netzgebühren zahlen! Die Kosten beim Bau der Windräder werden dort auf den Strompreis der Bürger umgelegt, wo die Windräder entstehen. Hier muss der Druck auf die Bundesregierung verstärkt werden, um eine Gleichbehandlung für alle Bürger in Deutschland durch Änderung des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) zu erreichen. Dafür wollte sich auch unser Ministerpräsident Dietmar Woidke einsetzen! Wo bleibt hier die Unterstützung und

der Einfluss des linken Koalitionspartners? Die Bürger schauen genau hin, wer welche Politik u.a. bei den erneuerbaren Energien macht und werden das bei den nächsten Landtagswahlen entsprechend »honorieren«.

Abstandsregel unbedingt beachten

Die Bürgerinitiative »Gegen Windräder-Wildwuchs in OPR« aus Protzen setzte sich mit Unterstützung der Gemeinde Fehrbellin von Anfang an für die Durchsetzung der Abstandsregel »10 H« ein, d.h. der Abstand zur Wohnbebauung soll das 10-fache der Höhe der Windräder betragen (also mindestens 1.500 m). Damit soll auch die Akzeptanz der Bürger für Windkraftanlagen erhöht werden. Sowohl die Regionale Planungsgemeinschaft als auch die Landesregierung haben das bisher (ohne Not) strikt abgelehnt!

Im neuen Entwurf der RPG wird nun ein Passus eingeführt, der ermöglicht, dass die Windkraftanlagen in unserem Windeignungsgebiet Nr. 28, das weiter südwestlich verlagert wurde und nun ausschließlich in den Gemarkungen Protzen und Manker liegt, bis auf 750 m an den Ortsrand heranrücken können! Die Firma Wenger-Rosenau hat bereits einen Bauantrag für 5 Windkraftanlagen gestellt und könnte bis zu 16 Anlagen errichten.

Die Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Fehrbellin hat nun (in Abstimmung mit dem Regionalverband Fehrbellin) einen Fraktionsantrag an die Gemeindevertretung gestellt, auf dessen Grundlage durch die Verwaltung eine Beschlussvorlage

über Maßnahmen und Forderungen zum geplanten Windeignungsgebiet Nr. 28 in den Gemarkungen Manker und Protzen erarbeitet wurde.

LINKE mit konkreten Vorschlägen

Der Beschlussvorschlag enthält die Diskussion und Prüfung folgender Maßnahmen:

- Erweiterung der denkmalgeschützten »gärtnerisch gestalteten Feld- und Wiesenflur der ehemaligen Güter von Vichel, Garz und Rohrlack« um das benachbarte Gebiet Manker, Protzen und Walchow zur Sicherung der »unzerschnittenen Landschaftsräume und deren Verbundflächen« (Bemerkung: das ist auch ein selbstgestelltes Kriterium der RPG),
- Erweiterung des Europäischen Vogelenschutzgebietes »Rhin-Havelluch« nach Norden bis über das geplante WEG Nr.28 (Bemerkung: Futterflächen für Störche, Kraniche, Gänse, Rotmilan etc.),
- Einführung der 10-H-Abstandsregelung bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten, Aufnahme dieser Regelung in den sachlichen Teilplan »Freiraum und Windenergie«.

Diese Beschlussvorlage wurde vom Ortsbeirat Protzen bereits einstimmig empfohlen und geht nun in die Ortsbeiräte Manker und Walchow, in den Ausschuss für Energie, Umwelt und Tourismus, in den Hauptausschuss und dann in die Gemeindevertretung.

Dieter Sarnow
Protzen

Bundestagsreport

Warten bis 2024 - eine Zumutung

DIE LINKE: Gerechtigkeit für Ostrenten jetzt

Aus dem Rentenkonzept der LINKEN:

Lebensstandard sichern:

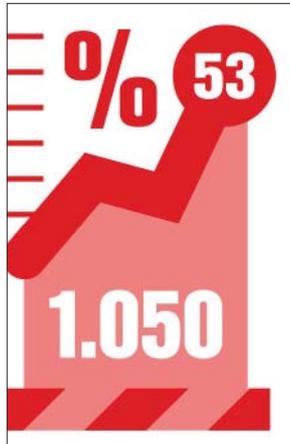
Sicherungsniveau von 53% - das sind 130 Euro mehr für den »Durchschnittsrentner«... Gleiche Renten in Ost und West!

Schluss mit Altersarmut:

Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, niedrige Löhne in der Rente aufwerten.

Statt Arbeiten bis zum Umfallen:

Ab 65 abschlagsfrei in die Rente sowie mit 60 Jahren bei 40 Beitragsjahren.



für Bergleute, für Landwirte, für in der DDR Geschiedene oder für Balletttänzerinnen.

Als LINKE sehen wir insbesondere das Problem, dass man gelebtes

Leben ja nicht korrigieren kann. Deshalb beruht das Rentensystem ganz besonders auf Vertrauensschutz, der hier massiv auf Kosten der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner verletzt wird. Aber wer nun erwartet, dass jetzt doch alles gut wird, sieht sich getäuscht. Die Rentenangleichung wird erst 2024 vollendet. Die besondere Diskriminierung der Personengruppen wird in diesem Rentenüberleitungsabschlussgesetz überhaupt nicht beendet, sondern für ewig zementiert.

Ungerechtigkeit hört nicht auf

Und gleichzeitig wird eine neue Ungerechtigkeit geschaffen. Denn parallel zu den jährlichen Schritten, in denen der Rentenwert Ost auf das Westniveau angehoben werden soll, wird der so genannte Umrechnungsfaktor, mit dem die negativen Auswirkungen der systematisch und deutlich niedrigeren Löhne im Osten gegenüber dem Westen für die Rente partiell ausgeglichen werden sollen, abgeschmolzen - 2025 wird es diese Umrechnung nicht mehr geben.

Als LINKE finde ich das empörend. Zwar haben Rentenwert und Umrechnungsfaktor Einfluss auf die Rentenhöhe. Aber beides hat nichts miteinander zu tun, hier werden Äpfel und Birnen gegeneinander aufgerechnet. Denn die Anhebung des Rentenwertes Ost an das Westniveau ist ein Akt der - wenn auch sehr späten - Gerechtigkeit gegenüber den gelebten Biographien. Der Umrechnungsfaktor ist eine Reaktion auf die weiter bestehende Lohnungerechtigkeit zwischen Ost und West, deshalb muss er bleiben, solange diese Ost-West-Spaltung am Arbeitsmarkt weiter besteht. Es ist kaum anzunehmen, dass dies in den kommenden Jahren bereits überwunden wird.

Finanzierung durch Steuern nötig

Natürlich kostet die Angleichung der Ostrenten Geld. Aber DIE LINKE will natürlich nicht, dass das Schließen dieser Gerechtigkeitslücke auf Kosten der Beitragszahlerinnen und -zahler geht. Deshalb soll dies durch Steuern finanziert werden. Das hat gleichzeitig den Charme, dass sich auch Nicht-Beitragszahlerinnen und -zahler, wie Abgeordnete und Beamte, daran beteiligen müssen.

Und wir wollen auch nicht arme Rentnerinnen und Rentner in Ost und West gegeneinander ausspielen. Deshalb wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und fordern eine solidarische Mindestrente. Wenn alle Erwerbstätigen in das gesetzliche Rentensystem einbezogen werden und für jeden Euro Einkommen den gleichen Beitrag zahlen - und auch die Arbeitsgeber - ist das auch finanzierbar.

Kirsten Tackmann, MdB

Kalenderblatt

Volksentscheid 1946 in Sachsen

Am 30. Juni 1946 wurde in Sachsen ein Volksentscheid über das »Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes« durchgeführt. Im Gesetz war die entschädigungslose Enteignung von Grundbesitzern, Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten vorgesehen.

77,6% der Wahlberechtigten stimmten für die Enteignung.

Eine Enteignung per Volksentscheid fand nur in Sachsen statt. In allen anderen Gebieten der damaligen Sowjetischen Besatzungszone erließen die Länder- und Provinzialverwaltungen Verordnungen über die Enteignung von Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten.

In den drei westlichen Besatzungszonen gab es keine vergleichbaren Enteignun-

gen. Einzig die Verfassung (Artikel 41, sogenannter Sozialisierungsartikel) des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 sah eine Überführung von versorgungswichtigen Betrieben in Gemeineigentum sowie bei Großbanken und Versicherungen eine staatliche Aufsicht/Verwaltung vor. Die Umsetzung dieses Verfassungsartikels wurde aber durch die damaligen Regierungsparteien SPD und CDU sowie die amerikanische Besatzungsmacht mit allen Mitteln verhindert.

Tropische Temperaturen - hitzige Debatten

Bei hochsommerlichen Temperaturen und gefühlter Saunaamosphäre im Ratssaal trafen sich die Neuruppiner Stadtverordneten zu ihrer Sitzung am 29. Mai. Eine gut gefüllte Tagesordnung versprach spannende Diskussionen - und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger wurden nicht enttäuscht.

Der Kommunale Bildungsplan inkl. der Neuruppiner Schulentwicklungs-

planung von 2016 bis 2030 löste die erste hitzige Debatte aus. Während vor etwa einem halben Jahr der ursprüngliche Entwurf der Verwaltung zur Schulentwicklung durch die Fraktion DIE LINKE nicht mitgetragen wurde, stimmte die Fraktion diesmal mehrheitlich dem Kommunalen Bildungsplan zu. Im Gegensatz zu damals weist er nunmehr richtige und wichtige Entwicklungsperspektiven für die Neuruppiner Schullandschaft auf. Von der Fraktion besonders begrüßt wurde die Schaffung eines Schulzentrums am Standort der Fontane-Oberschule. Ab dem Schuljahr 2018/19 wird neben der Oberschule eine neue Grundschule aufgebaut. Perspektivisch ist geplant, dass dort an einem Standort Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen können. Nicht ausgeschlossen ist, dass an diesem Standort auch wieder eine gymnasiale Oberstufe etabliert werden kann. Dies würde dem Ideal einer linken Schulpolitik - der Gemeinschaftsschule - sehr nahe kommen.

Hortsanierung dringend geboten

Unumstritten bleibt in diesem Zusammenhang, dass es einen hohen Sanierungsbedarf für den Ausweichort der Karl-Liebke-Grundschule in der Franz-Mehring-Straße gibt. Die Verwaltung hat angekündigt, dafür in den nächsten 5 Jahren 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE ist skeptisch, dass diese Summe ausreichen wird und kündigte während der Debatte an, dazu in den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr gegebenenfalls Nachbesserungen einzufordern.

Mit großer Mehrheit wurde anschließend die Satzung zur Kostenbeteiligung der Eltern an der Mittagsversorgung in den städtischen Krippen und Kitas beschlossen. Konkret geht es dabei darum, dass Eltern den Differenzbetrag zwischen dem Preis

des Caterers und der eingesparten Eigenaufwendung für die Versorgung ihres Kindes (nach statistischen Angaben zur Zeit 1,80 € pro Mittagessen) von der Stadt erstattet bekommen. Dies soll sogar rückwirkend bis zum Jahr 2014 erfolgen. Eine gesonderte Antragsstellung der Eltern ist

lt. Verwaltung nicht erforderlich. Insgesamt werden dafür über 500.000 Euro aufgewendet.

DIE LINKE. im Parlament

Ebenfalls mit großer Mehrheit beschlossen wurden Bebauungspläne für einen Hortneubau an der evangelischen Schule, den Ausbau der Bahnhofstraße in Karwe und den Neubau eines Autohofes in der Nähe von Dabergotz.



Fontane-Oberschule wird Schulzentrum

Foto: Jürgen Schubert

Fraktionsanträge sorgen für Streit

Hitzig wurden die Debatten wieder bei den vorliegenden Anträgen der Fraktionen. Gegen den massiven Widerstand der Verwaltung wurde ein gemeinsamer Antrag der CDU/FDP-, SPD- und LINKE-Fraktionen durchgesetzt. Zukünftig dürfen Parteien und Wählervereinigungen kostenfrei 250 Plakate im Stadtgebiet zum Zwecke der Wahlwerbung anbringen. Bisher waren nur 150 Plakate zulässig - jedes weitere wurde mit einer Gebühr von 50 Cent pro Tag belegt.

Mit großer Mehrheit folgte das Stadtparlament zwei Anträgen der LINKEN. Zum einen wurde die Verwaltung aufgefordert,

die Internetpräsentation der Fontanestadt barrierearm zu gestalten, zum anderen soll geprüft werden, inwieweit sich als Ergänzung zu den öffentlichen Toiletten zukünftig GeschäftsbetreiberInnen und Gastronomen dafür gewinnen lassen und, gegen ein entsprechendes jährlich von der Stadt zu zahlendes Entgelt, ihre Toiletten für Besucherinnen und Besuchern der Stadt zugänglich machen. Dahinter steht das Konzept »nette Toilette« (www.dienne-nette-Toilette.de).

Der von den LINKEN unterstützte Antrag der SPD zur künftigen Benennung von neuen Straßen und Plätzen mit Namen von Frauen offenbarte politische und kulturelle Unterschiede der verschiedenen Fraktionen. Einige Redebeiträge waren auch einfach nur peinlich. Während die CDU/FDP-Fraktion gemeinsam mit

PRO RUPPIN dafür keinerlei Verständnis aufbrachten und sich in der Aussage verstiegen, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen wäre doch schon längst hergestellt und der Antrag nicht notwendig, argumentierte DIE LINKE u.a. mit der Tatsache, dass bisher im Neuruppiner Straßenbild weniger als 10 Frauennamen auftauchen. Selbst in den jüngsten Neubau-Gebieten tauchen keine Frauennamen auf. In den Augen der Linksfraktion wird der SPD-Antrag zwar nicht die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erreichen, doch ist dieser Antrag ein richtiger und wichtiger Schritt auf dem Weg dorthin.

Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender

Ist Putin an allem schuld? (Folge 8)

Geografische Entwicklung der Ukraine

Nachdem der gewählte Präsident gestürzt war und eine »Maidan-Regierung« im Land das Sagen übernahm, erinnerten sich die Regionen im Osten des Landes, was sie gewählt hatten, und verweigerten den Putschisten die Autorität durch Ausrufen der Autonomie. Das sind die Oblaste (Bezirke) Luhansk und Donezk. Gefördert wurde diese Entscheidung in der Bevölkerung auch durch die Entscheidung der neuen, nicht anerkannten Regierung, durch die Abschaffung des Russischen als zweite Amtssprache. Diese Entscheidung wurde später wieder zurückgenommen, machte aber deutlich, wohin die Entwicklung gehen soll.

Kurzer Abriss zur Geografie

Um diese explosive Situation vom historischen Aspekt her deutlich zu machen, sollte man zeitgeschichtlich die geografische Entwicklung der Ukraine kennen. Wie auf der nebenstehenden Abbildung zu sehen ist, war die Ukraine, wie sie sich heute darstellt, nie ein einheitliches Gebilde, und auch keine einheitliche Nation. Im letzten Jahrtausend, auf dem Gebiet der Ostslaven, gab es die Großrussen, die Kleinrussen und die Weißrussen. Die Kleinrussen lebten, nachdem die mongolische Herrschaft im Gesamtgebiet vor 1500 abgeschüttelt wurde, um 1650 an der Grenze zum damaligen Khanat der hohen Pforte von Konstantinopel und Russland. Auch waren sie Grenzland im Westen nach Polen. Daher auch die Bezeichnung, aus großrussischer und polnischer Sicht, »Ukraina« - Provinz »an der Grenze«. Die

Ukrainer sind ein ostslawisches Brudervolk der Großrussen und unterstanden gemeinsam der staatlichen Oberhoheit der Zaren. Die gemeinsame Geschichte ist zu vielfältig, als dass sie hier umfassend dargestellt werden kann. Darum nur die wichtigsten relevanten Ereignisse zum Aufbau der Ukraine.

Gebietserweiterungen

Nachdem Zar Peter I. die Schweden im Süden des Landes vertrieben hatte (Schlacht bei Poltawa), ordneten spätere Zaren das Gebiet südlich der Weißrussen, diese befreiten oder neu erworbenen russischen Provinzen zur Entwicklung des Kleinrussengebietes, diese Länderreihen dem ukrainischen Gebiet verwaltungstechnisch zu.

Unter der Zarin Katharina II. wurden die Gebiete östlich der Ukraine und südlich bis zum Schwarzen Meer, einschließlich der Halbinsel Krim, von der Osmanischen Herrschaft abgerungen.

Durch die »Leninsche Nationalitätenpolitik« wurden mit der Gründung der UdSSR am 30. Dezember 1922 zur Stärkung der Wirtschaft der Ukrainischen Sowjetrepublik, die industriell stärker entwickelten Gebiete »Neurusslands«, die südlich und östlich angrenzenden Gebiete, der Ukraine zugeordnet.



Im Ergebnis des 2. Weltkrieges wurden die Gebiete, aus der neuen Grenzziehung der UdSSR an der westlichen Grenze, der Ukraine zugefügt.

Die Krim, ein mit russischem Blut getränktes Land, Stolz vieler russischer Generationen, wurde im Mai 1954 vom Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, vormals Generalsekretär der KP der Ukraine, ohne Öffentlichkeit und ohne russische Vollmacht, wenn man so will - illegal, zum 300. Jubiläum der russisch-ukrainischen Einheit der Ukraine übergeben.

International festgeschriebene Nachkriegsgrenzen, bzw. Nachkriegssituationen, wurden ohne internationale und nationale Proteste verändert.

(wird fortgesetzt)

Karl-Heinz Schindler

Großes Lob für junge Künstler

Jugendkunstschule Neuruppin ist »Anerkannte Kunstschule« im Land Brandenburg

Am 11. Mai 2017 haben wir die Kulturstatssekretärin Ulrike Guthheil empfangen. Nach der Führung durch die Ausstellung in der Kulturkirche wurde im Alten Gymnasium im Rahmen von Darbietungen unserer jungen Künstler der Anerkennungsbescheid überreicht. Weil unter der engagierten Leitung von Frau Monika Meichsner unter anderem die Voraussetzungen für einen pädagogisch planmäßigen Unterricht sowie für eine spezielle Talentförderung geschaffen und nachgewiesen wurden, ist die Anerkennung erfolgt.

Für 2017 erhält die Jugendkunstschule Neuruppin Fördermittel in Höhe von rund 68.000 Euro vom Land Brandenburg. Diese Gelder kommen den Kindern und Jugendlichen unserer Jugendkunstschule zugute.

Im Anschluss haben wir mit der Kulturstatssekretärin im Neuruppiner Museum Detailfragen zur Vorbereitung des Fontanejahres besprochen.

Gerd Klier
Vorsitzender der StVV Neuruppin

24 x Interessantes

Schon die 24. Brandenburger Seniorenwoche wurde am 10. Juni 2017 in Karwe eröffnet. Sie steht unter dem Motto »Für ein lebenswertes Brandenburg - solidarisch - mitbestimmend - aktiv«. Der Seniorenbeirat der Stadt bietet etliche interessante Veranstaltungen. Am 15. Juni erinnert die Sängerin Martha Pfaffeneder mit einem Programm im Haus der Begegnung an Hildegard Knef, am 16. Juni startet an der Krümelkiste ein Sportfest mit Großeltern und Enkelkindern, ebenfalls am 16. Juni lädt der Kreissenorenbeirat zu einer Fahrt zum Gesundheitsministerium nach Berlin ein, am 27. Juni findet eine Busfahrt nach Wismar statt (Anmeldung beim Verein Jahresringe, Haus der Begegnung).

Die SPD - im Spektrum der bürgerlichen Parteien - Freund oder Feind?

Der Umgang mit der SPD ist in der LINKEN ein heißes Thema. Die Vorschläge reichen von Regierungsbeteiligung bis zur totalen Abgrenzung. Zu kurz kommt dabei die Diskussion darüber, was für eine Partei die SPD ist, was aber notwendig ist, wenn man einen erfolgreichen Weg im Umgang mit ihr sucht. So man die Dinge in ihrem geschichtlichen, gegenwärtigen und in die Zukunft reichenden Werdegang betrachtet, also analytisch vorgeht, kommt man vollkommen ohne Erregung aus.

Kurze Analyse der Geschichte

Liebe Genossen der LINKEN: In der Geschichte gab es mehrfach Gründe, in dieser Sache Analyse zu betreiben. Zum Beispiel befasste sich 1920 die Komintern (Kommunistische Internationale) mit dem Wesen der SPD und formulierte, dass die SPD einen widersprüchlichen Charakter habe und eine kapitalistische Arbeiterpartei sei. Diese Partei ist bestimmt durch eine absolute Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen. Sie bewegt sich im Rahmen der Gesellschaftsordnung und stellt diese nicht in Frage. Im Jahre 1914 wurden die Kriegskredite für Kapitalinteressen gegen Arbeiterinteressen befürwortet.

Auf ihren Parteitag 1959 in Bad Godesberg, im gleichnamigen Programm, wurde der Antikapitalismus offiziell durch ein Bekenntnis zum bürgerlichen Staat ersetzt. März 2017: Bei seiner Abdankung betonte Gabriel mehrfach diese Position durch die Aussage, dass Unternehmer nicht der Klassenfeind, sondern Partner in der sozialen Marktwirtschaft seien. In gleicher Rede weist er darauf hin, dass die lohnabhängig Beschäftigten die Werte schaffen, die zum Reichtum führen, natürlich ohne wesentliche Rechte daraus abzuleiten.

Heute ist die SPD eng mit dem Staatsapparat und dem Kapital verbunden. Sie ist bürgerlich, was ihr praktisches Agieren anbelangt, das vor allem auf Wahlen, Parlamentsarbeit und auf die Teilnahme an Regierungen setzt, anstatt auf Mobilisierungen. Ihr bürgerlicher Charakter zeigt sich auch in ihrem inneren Regime, wo ein bürokratischer Apparat inklusive der parlamentarischen Vertretungen das Parteileben bestimmt und eine eher inaktive Mitgliederbasis nur noch zustimmen darf.

Wie kann DIE LINKE auf solch ein Szenario reagieren?

Eine Möglichkeit wäre, sich inhaltlich der SPD so zu nähern, dass auch wir eine Partei werden, die die Unzufriedenheit und politische

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	08.07.	Artur Schölzel	Neuruppin	zum	89.
Am	11.07.	Klaus Reinke	Wittstock	zum	78.
Am	12.07.	Horst Lehmann	Kerzlin	zum	76.
Am	16.07.	Reinhilde Hofrichter	Neuruppin	zum	84.
Am	20.07.	Frank Börnicke	Fehrbellin	zum	61.
Am	28.07.	Manfred Kuball	Bantikow	zum	82.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Einige Anregungen zur Diskussion:

- ◆ Haben wir gemeinsame Anliegen, Interessen und Ziele?
- ◆ Macht es Sinn, mit der SPD zu reden?
- ◆ Ist die SPD heute eine bürgerliche staatstragende Partei?
- ◆ Mit wem sollen/wollen wir zusammenarbeiten, wenn nicht mit der SPD?

Wir freuen uns über eure/ihre Meinungen!

Aktivität in einen passiven Wahlakt umleitet. Das würde bedeuten, dass wir innerhalb einer kurzen historischen Frist in der SPD aufgehen und Situationen wie vor ca. 100 Jahren möglich werden, wo sich die USPD von der SPD abgespalten hat.

Eine andere Möglichkeit wäre, die Hoffnungen der Anhänger der Sozialdemokratie auf positives Reformhandeln aufzunehmen und diesen gemeinsame Aktionen zur Umsetzung konkreter Forderungen vorzuschlagen. Hiermit sind nicht gemeinsames Regierungshandeln, sondern Demonstrationen, Streiks und Kampagnen gemeint. Entweder die SPD lässt sich auf diese Vorschläge ein und es kommt zum gemeinsamen Handeln, wobei sich bei den lohnabhängig Beschäftigten das Gefühl der Machtlosigkeit wandelt in ein Bewusstsein der Stärke. Die andere Variante; die SPD lehnt ab und steht bei der eigenen Anhängerschaft in Erklärungsnot.

Hier ist wichtig, dass DIE LINKE mit ihren konkreten Vorschlägen treffsicher die Interessen der Lohnabhängigen formuliert. Der politische Preis, den die SPD bei Ablehnung bezahlen müsste, wäre umso höher, je präziser Formulierungen ausfallen. Für DIE LINKE eine Win-win-Situation. Mit der richtigen Taktik kann DIE LINKE sehr erfolgreich innerhalb der Arbeiterschaft organisieren und beweisen, dass sie trotz bestehender Differenzen einer Zusammenarbeit offen gegenüber steht. Wenn die SPD einen Ablehnungskurs fährt, ist trotzdem auf Beschimpfungen zu verzichten. Denn selbst Kritiker der Parteiführung verteidigen dann doch erst mal »ihre Partei«. Als Resümee ist festzustellen: sich mit dem Charakter der SPD und dem Umgang mit ihr zu beschäftigen, macht Sinn und ist eine Aufgabe der Zeit.

*Egbert Nowack
Protzen*

Bitte an Rückmeldung denken!

Vor einigen Wochen haben alle Mitglieder unseres Kreisverbandes einen Brief mit verschiedenen Vorschlägen zur aktiven Unterstützung des Bundestagswahlkampfes 2017 erhalten. Der Kreisvorstand bittet hiermit nochmals alle darum, ihre Möglichkeiten zu überdenken und die Antworten den Mitarbeitern der Geschäftsstellen zukommen zu lassen - Danke!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Gelungene Premiere

Am Sonntagnachmittag, dem 14.05.17, ging nun die lange geplante Eröffnung der Ausstellung »Malereien von Margit Kossahl« im Gutshaus Protzen über die Bühne. Ungefähr 55 Besucher aus Protzen und der Region wollten sich das Ereignis nicht entgehen lassen. Jeder wurde mit einem Glas Sekt begrüßt und konnte sich dann selbst oder auch im persönlichen Gespräch mit der Protzener Hobbymalerin von der beeindruckenden Ausstrahlung der etwa 30 ausgestellten Bilder unter dem Motto »Bilder aus der Heimat« inspirieren lassen. Es gab ausnahmslos sehr positive Reaktionen von vielen Besuchern. Die Räumlichkeiten im Gutshaus Protzen sind geradezu prädestiniert (neben der Durchführung von Familienfeierlichkeiten und standesamtlichen Trauungen und Hochzeitsfeiern) auch für die Präsentation von Kunst und Kultur.

Der Ortsbeirat jedenfalls wird nach dieser erfolgreichen Premiere auf diesem Wege weitermachen. Diese Ausstellung kann



Foto: Dieter Sarnow

noch bis Mitte August, beispielsweise Sonntags, wenn das Museum geöffnet hat oder auch nach Vereinbarung, besichtigt werden.

Für den darauffolgenden Monat ist dann schon die nächste Ausstellung in Planung.

Dieter Sarnow
Ortsvorsteher Protzen

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 21.06.17	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 22.06.17	Demokratiekonferenz der »Partnerschaft für Demokratie« und des Bündnisses »Fehrbellin bleibt bunt« unter dem Motto: »Habe ich die Wahl? - Wie wollen wir leben?« <i>Wir möchten bei den BürgerInnen das Interesse für Demokratie wecken und sie motivieren, zur Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben.</i> Ab 17.00 Uhr, Fehrbellin - Oberschule
Sonabend, 24.06.17	Öffentliches Kinderfest des Regionalverbandes der LINKEN. Fehrbellin Ab 15.00 Uhr, Fehrbellin - Rathausplatz
Mittwoch, 28.06.17	Sommerfest der Freundschaftsgesellschaft Ab 15.00 Uhr, Alt Ruppin - Veteranenklub
Montag, 03.07.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 03.07.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 06.07.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 06.07.17	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 12.07.17	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 30.06.2017
Erscheinungsdatum: Mi., 12.07.2017